

„Berliner Tageblatt“ erscheint wochentlich einmal, Sonntags einmal. Man abonniert bei allen Buchhandlungen des Reichs...



Abonnements-Preis für das „Berliner Tageblatt“ u. „Sonntags-Beilage“...

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung.

Nr. 53

Donnerstag 30. Januar 1908

37. Jahrgang

Hierzu die illustrierte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ Nr. 9.

Ersparnisse im Heereswesen.

Der Abgeordnete Rümpf hat kürzlich im Reichstage erklärt, daß unsere Finanzen erst gesund werden, wenn in Heer und Flotte die Grundzüge größerer Sparmaßnahmen...

Bekanntlich hatte die Militärverwaltung lange Jahre hindurch unter Mißachtung der Rechte des Reichstages...

Es war klar, daß das Militärabwärt ein einfach einen größeren Spielraum für seine absolutistische Unabhängigkeit...

Ich bin gewiß der Ansicht, daß ein Heer für einzelne so hochbetrittene Offiziere, die ihres Alters wegen und an anderen Platz zu machen, aus dem praktischen Dienste scheiden müssen...

Nun hat die Mehrheit der Budgetkommission den ersten Reichstag gefaßt, der Regierung anstatt für 200 nur für 120 aberatsmäßige Offiziere die Gelder zu bewilligen...

Der Reichstag hat die Mehrheit der Budgetkommission den ersten Reichstag gefaßt, der Regierung anstatt für 200 nur für 120 aberatsmäßige Offiziere die Gelder zu bewilligen...

Der Reichstag hat die Mehrheit der Budgetkommission den ersten Reichstag gefaßt, der Regierung anstatt für 200 nur für 120 aberatsmäßige Offiziere die Gelder zu bewilligen...

Der Reichstag hat die Mehrheit der Budgetkommission den ersten Reichstag gefaßt, der Regierung anstatt für 200 nur für 120 aberatsmäßige Offiziere die Gelder zu bewilligen...

Der Reichstag hat die Mehrheit der Budgetkommission den ersten Reichstag gefaßt, der Regierung anstatt für 200 nur für 120 aberatsmäßige Offiziere die Gelder zu bewilligen...

der Gouverneurposten von Berlin ist gänzlich überflüssig; überflüssig, daß der Gouverneur von Meck eine höhere Zulage erhält als der von Straßburg!

Aber die Kommission sollte weiter gehen und in diesem unangenehmen Finanzjahre den größten Teil der neuverordneten Offizier- und Beamtenstellen einfach abheben.

Der Reichstag hat die Mehrheit der Budgetkommission den ersten Reichstag gefaßt, der Regierung anstatt für 200 nur für 120 aberatsmäßige Offiziere die Gelder zu bewilligen...

Der Reichstag hat die Mehrheit der Budgetkommission den ersten Reichstag gefaßt, der Regierung anstatt für 200 nur für 120 aberatsmäßige Offiziere die Gelder zu bewilligen...

Der Reichstag hat die Mehrheit der Budgetkommission den ersten Reichstag gefaßt, der Regierung anstatt für 200 nur für 120 aberatsmäßige Offiziere die Gelder zu bewilligen...

Der Reichstag hat die Mehrheit der Budgetkommission den ersten Reichstag gefaßt, der Regierung anstatt für 200 nur für 120 aberatsmäßige Offiziere die Gelder zu bewilligen...

Der Reichstag hat die Mehrheit der Budgetkommission den ersten Reichstag gefaßt, der Regierung anstatt für 200 nur für 120 aberatsmäßige Offiziere die Gelder zu bewilligen...

Der Reichstag hat die Mehrheit der Budgetkommission den ersten Reichstag gefaßt, der Regierung anstatt für 200 nur für 120 aberatsmäßige Offiziere die Gelder zu bewilligen...

Der Reichstag hat die Mehrheit der Budgetkommission den ersten Reichstag gefaßt, der Regierung anstatt für 200 nur für 120 aberatsmäßige Offiziere die Gelder zu bewilligen...

Der Reichstag hat die Mehrheit der Budgetkommission den ersten Reichstag gefaßt, der Regierung anstatt für 200 nur für 120 aberatsmäßige Offiziere die Gelder zu bewilligen...

Der Reichstag hat die Mehrheit der Budgetkommission den ersten Reichstag gefaßt, der Regierung anstatt für 200 nur für 120 aberatsmäßige Offiziere die Gelder zu bewilligen...

Der Reichstag hat die Mehrheit der Budgetkommission den ersten Reichstag gefaßt, der Regierung anstatt für 200 nur für 120 aberatsmäßige Offiziere die Gelder zu bewilligen...

Der Reichstag hat die Mehrheit der Budgetkommission den ersten Reichstag gefaßt, der Regierung anstatt für 200 nur für 120 aberatsmäßige Offiziere die Gelder zu bewilligen...

Der Reichstag hat die Mehrheit der Budgetkommission den ersten Reichstag gefaßt, der Regierung anstatt für 200 nur für 120 aberatsmäßige Offiziere die Gelder zu bewilligen...

Der Amerikaner: Ich bin ein alter Sänder in politischen Dingen. Ich wollte, die Sache bräuhete den Deutschen so viel Nutzen, wie sie vielleicht uns Amerikanern bringen kann.

Der Regierungsrat: Sie machen mich gespannt. Ich weiß, daß Sie ein seit lange erfahrener Praktiker sind.

Der Amerikaner: Glauben Sie mir eine Frage. Sind denn die Polen immer untereinander einig?

Der Regierungsrat: Ich errate den Sinn Ihrer Frage. Sie wollen uns die Maxime „Divide et impera“ empfehlen.

Der Amerikaner: Wenn Sie die Leute in ihrer Sprache ungehört lassen und den unteren Schichten Bewegungsfreiheit geben würden, müßten dann nicht die politischen großen Herren von selbst sich bittend an die preussische Regierung wenden?

Der Regierungsrat: Die Polen sind in der Tat heute stark differenziert, weil den einst allmächtigen Schichten, dem Adel und der Geistlichkeit, heute selbstbewußte radikale Arbeiter und Bauern, auch Personen des Mittelstandes gegenüber stehen.

Der Amerikaner: Glauben Sie die Leute, daß der Pole ein Schuft und Verräter ist, der gegen andere Polen von anderen Interessen mit den Deutschen zusammengeht?

Der Regierungsrat: Es scheint fast das Vorurteil zu bestehen. Man hat es zeitweise auch bei Verfassungskämpfen versucht, aber die inmitten der Polen wohnenden Deutschen waren aus beständig mit solcher Schwärmlust anzukriechen, und auf diese Landsteuere müssen wir Rücksicht nehmen.

Der Amerikaner: Wo man hat nicht die Geschicklichkeit, durch Gleichgültigkeit gegenüber den nationalen Bestrebungen und gegenüber der Bewegung der armen Leute die Polen zu spalten?

Der Regierungsrat: In jedem Lande gibt es eine Extradition. Die unferne erlaubt nicht, daß wir an unfernen Grenzen volle Gleichberechtigung fremder Sprachen mit der deutschen zugestehen, und sie erlaubt auch nicht, daß die preussische Regierung die politischen Sozialdemokraten besser als die deutschen Sozialdemokraten behandelt.

Der Amerikaner: Mir würde es aber doch weit mehr imponieren haben, wenn man geduldiß die Gegenseite spaltet, statt gewaltsame Kampfmittel anzuwenden.

Der Regierungsrat: Sie spielen offenbar auf das Expropriationsgesetz an. Sie können glauben, daß man auch bei uns sich erst nach großen Bedenken dazu entschließen hat. Unsere konservativen deutschen Großgrundbesitzer fürchteten, daß auch ihr Eigentum einmal bedroht sein könnte, wenn man das Prinzip billigt, um der Politik willen zu expropriieren.

Der Amerikaner: Der heutige Deutsche bemüht sich aufnehmend sehr lebhaft, nicht sentimental zu erscheinen. Ich fürchte mir doch auch noch andere Gründe denen, weshalb konservative Leute gegen solche extreme Maßregeln stimmen müßten.

Der Regierungsrat: Extreme Maßregeln waren unvermeidlich in einer extremen Lage. Wir faßten zunächst als Staatsmittel politischen Grundbesitz, der mährische war, aus und siedelten deutsche Bauern an. Aber die Polen haben den Boden gekauft und siedelten auf bisher deutschem Boden polnische Kleinrentner an. Wir erschwerten dies auf jede Weise, aber die Polen kamen doch vorwärts.

Der Amerikaner: Woher bekamen die Polen das Geld für diese polnische Kolonisation?

Der Regierungsrat: Alles ist in Genossenschaften organisiert. Die großen und kleinen Leute machen an der politischen Bestrebungen willen mit. Man spart unvergleichlich mehr Geld als früher und trägt die Ersparnisse in die Genossenschaften, die ausgegliedert diszipliniert sind.

Der Amerikaner: Schaffen sie die Deutschen, die inmitten der Polen wohnen, aus sich heraus ähnlich harte Organisationen, die den Kampf um den Boden für die Deutschen führen?

Der Regierungsrat: Die Deutschen wollen die Hilfe des Staates für ihren Kampf haben.

Der Amerikaner: Und die Polen sind erfolgreicher, weil ihnen nicht die Regierung hilft?

Der Regierungsrat: Fast scheint es so.

Der Amerikaner: Wenn die preussische Regierung so viel Geld für diese Dinge hat, weshalb muß sie aber dann ein Expropriationsgesetz machen?

Der Regierungsrat: Die Preise waren durch die Parzellenkäufe richtig in die Höhe getrieben. Es wurde immer schwerer, politischen Grundbesitz zu erwerben, nachdem die Leute ausgetauscht waren, welche schwach standen, und da die Polen jenseits achteten, der an uns verlorste.

Der Amerikaner: Wen will man dann expropriieren? Etwa die kleinen politischen Kandidaten?

Feindliche Nachbarn.

Ein Gespräch, mitgeteilt von Professor Dr. Walter Lotz, München.

Als die polnische Gräfin mit ihrem Begleiter hinausgegangen war, rüsten der preussische Regierungsrat und der amerikanische Senator näher zusammen.

Der Regierungsrat: Verehrter Herr Senator, wir sind jetzt unter uns. Ich weiß, daß Sie politische Dinge ohne Pathos behandeln. Es liegt mir daran, zu erfahren, welchen Eindruck unsere Polenpolitik in Amerika macht.

Der Amerikaner: Wir erfahren bloß bruchstückweise, was vorgeht. Sie und da, daß den Polen Schwierigkeiten gemacht werden sollen, ferner, daß es Streitigkeiten über den Religionsunterschied in polnischer Sprache gibt, schließlich daß die Preußen jetzt ein Gesetz machen, um den Polen den Grundbesitz wegzunehmen zu können.

Der Regierungsrat: Die Enteignung soll aber gegen volle Bezahlung des Wertes geschehen. Im übrigen, was meint man hiermit?

Der Amerikaner: Um es ohne Umfährnisse zu sagen: aus Anstand hätte uns all dies weniger überaus als aus Deutschland.

Der Regierungsrat: Wollen Sie damit sagen, daß wir nicht so sehr seien?

Der Amerikaner: Nein, aber daß wir die Deutschen so hoch wegen ihres Gerechtigkeitsbegriffes bisher schätzten, daß uns die Sache unverständlich scheint.

Der Regierungsrat: Lieber Herr, Gerechtigkeit streift man lange, ohne sich zu einigen. Wir haben gelernt, Realpolitiker zu sein.

Der Amerikaner: Heißt dies, daß man in Deutschland alles billigt, was Erfolg hat? Dann bleibt bloß die Frage, wem die Sache nützt.

Der Regierungsrat: Zweifeln Sie an der Pflicht, im Notfall alles zur Verteidigung der deutschen Position zu wagen?

Der Amerikaner: Ich bin ein alter Sänder in politischen Dingen. Ich wollte, die Sache bräuhete den Deutschen so viel Nutzen, wie sie vielleicht uns Amerikanern bringen kann.

Der Regierungsrat: Ich errate den Sinn Ihrer Frage. Sie wollen uns die Maxime „Divide et impera“ empfehlen.